

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Tage nach Erntedankfesten.
Der Preis für die 24 Nummern des Monats beträgt 1,20 Mark (Postzusatz 10 Pfennig).
Für die 12 Nummern des Halbjahres 6,00 Mark (Postzusatz 50 Pfennig).
Für die 24 Nummern des Jahres 12,00 Mark (Postzusatz 1,00 Mark).
Verlag: C. M. Gärner, Aue, Sachsen.
Telefon: 12204.
Einsendeschreiben: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Röhrig, Schneberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Röhrig, Neustädtel und Schneberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Vertriebsstellen: Aue Nr. 21 und 22, Röhrig (Aue) Nr. 44, Schneberg Nr. 20, Schwarzenberg 2016. Druckort: Neustädtel, Sachsen.

Wichtiges: Manches für die am Sonntag erscheinende Nummer bis einschließlich 3 Uhr in den Geschäftsstellen. Das Geschäft für die Nummern der nächsten am Sonntag erscheinenden Nummer ist am Sonntag nicht mehr möglich. Die Nummern der nächsten am Sonntag erscheinenden Nummer sind am Sonntag nicht mehr möglich. Die Nummern der nächsten am Sonntag erscheinenden Nummer sind am Sonntag nicht mehr möglich.

Nr. 134.

Freitag, den 12. Juni 1931.

84. Jahrg.

Amthliche Anzeigen.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Tabakhändlers Karl Max Diehe in Beierfeld, Hauptstr. 25 H, als alleinigen Inhabers der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Max Diehe, daselbst, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Dem Konkursverwalter ist für seine Tätigkeit nach dem Schlußtermin vom 24. Oktober 1928 eine weitere Vergütung von 100 RM. und weitere 72,64 RM. als Auslagen festgesetzt worden.

Schwarzenberg, den 28. Mai 1931.

Amtsgericht.

Freitag, den 12. Juni 1931, vorm. 10 Uhr sollen in Neustädtel 1 Schrank-Sprechapparat und 1 Harmonium mit Spiel-

apparat meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Hotel Karlsbader Haus. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneberg.

Schwarzenberger Stadtwald. Versteigerung von Stockplätzen.

Sonntag, den 20. Juni 1931, sollen die in den Rahl-schlag, Abt. 2 und 14 (Hüttenstauden und Lauterer Fördel) anstehenden Stücke zur Selbstrohung meistbietend versteigert werden.

Zusammenkunft der Bieter: nachmittags 3 Uhr im Rahl-schlag, Abt. 14, Lauterer Fördel.

Schwarzenberg, am 10. Juni 1931.

Der Rat der Stadt — Forstverwaltung.

Gras-Versteigerung auf Ralshauer Staatsforstrevier.

Montag, den 15. Juni 1931, ab vorm. 8 1/2 Uhr

soll die diesjähr. Grasnutzung auf den etwa 3,13 ha großen Wiesen am Forstamt- und am Pödelteich a. O. u. St. meistbietend gegen sofortige Barzahlung teilsweise versteigert werden. Treffen 8 1/2 Uhr vorm. am Pödelteich.

Forstamt Ralshau. Forstasse Schwarzenberg.

Jahrmarch (nur Krammarkt) in Eibenstock am 29. und 30. Juni 1931.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Aue, Schneberg, Röhrig und Schwarzenberg eingesehen werden.

Der Schiffbruch des Systems.

Die Flut steigt.

Das Reich braucht sofort 250 Millionen Mark, aber die Reichskassen sind leer. Die Einnahmen aus den Steuererhöhungen der neuen Notverordnung werden sehr spärlich fließen. Nachdem alle neuen Anleiheversuche der Reichsregierung im Auslande fehlgeschlagen sind, bleibt nichts anderes übrig als diese 250 Millionen im Inlande zu beschaffen. Es handelt sich wieder einmal um einen sogenannten „Ueberbrückungskredit“. Man braucht jetzt im Jahr 12 Milliarden, und zwar von einem Ultimo auf den anderen. Wer soll nun dem Reich die 250 Millionen zur Verfügung stellen? Der Ultimo Mai konnte nur dadurch überwunden werden, daß das Reich einen neuen großen Kredit bei der Reichsbank und bei der Reichspost aufnahm. Aber das hat seine Grenzen.

Wie verlautet, sollen diesmal abwechselungsweise wieder einmal die Großbanken erlucht werden, das Loch in der Reichskasse zu stopfen. Diese werden, obwohl sie gerade jetzt allerhand schwere Sorgen haben, wohl noch einmal einspringen. Infolge des Darniederliegens der Wirtschaft haben sich bei den Banken immerhin einige fremde Gelder angesammelt, die nach Anlage suchen. Da ist das Reich schließlich immer noch ein besserer Kunde als die Privatunternehmer, bei denen es längst an Sicherheiten hapert. Freilich muß sich das Reich beeilen, wenn es noch Geld kriegen will. Denn die Wollen am Finanzhimmel werden immer dunkler. Der gestrige Mittwoch hat einen neuen Einbruch in das Kursgebäude der Börsen gebracht, und die Younganleihe, einst als das sicherste Papier der Welt gepriesen, hat bereits ein Drittel seines Wertes eingebüßt.

In Anbetracht der brennenden Geldnot wird der Kanzler alle Wünsche, die Notverordnung zu revidieren, ablehnen müssen. Die Führer der hinter ihm stehenden Parteien werden sich damit abfinden. Sie werden froh sein, wenn die neuen Steuern wenigstens so fließen, daß sich das System noch eine Weile über Wasser halten kann. So lange bis das große Wunder kommt. Nachdem Herr Briand als Antwort auf das lächerliche Ergebnis von Chequers großes Geschick aufgeföhren hat und den Youngplan kurzerhand für unabänderlich erklärt hat, dürfte sich freilich die Zahl der Wundergläubigen weiter verringert haben. Man darf neugierig sein, wie lange der Rest, gestützt auf nichts anderes als auf die Wackmittel des Reiches, sich noch für berechtigt hält, gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes zu regieren.

Pump auf die Notverordnung.

Berlin, 10. Juni. Die bereits „seit längerer Zeit beachtlichen“ Besprechungen des Reiches mit der Reichsbank zwecks Beschaffung eines Kredits zur Ueberbrückung der in den ersten Monaten des Haushaltsjahres „regelmäßig“ spärlicher eingehenden Einnahmen entstandenen Schwierigkeiten sind Mittwoch begonnen worden. Von seiten des Reiches wird versucht, eine Summe von rund 250 Millionen Reichsmark auf mehrere Monate zu erhalten. Die Notwendigkeit der Kreditaufnahme ergab sich, wie man weiter sagt, obwohl die demnächst zu erwartenden Steuererläufe aus der neuen Notverordnung schon eine wesentliche Entlastung (!) bringen dürften.

Hamburg, 11. Juni. In Auswirkung der augenblicklichen schlechten Wirtschaftslage wird der bekannte Passagierdampfer „Cap Polonia“ aus dem Verkehr gezogen und im Hamburger Hafen aufgelost. Das Dreischraubenschiff hat eine Größe von 20000 Tonnen und gehört zu den bekanntesten Passagierdampfern Buenos Aires—Hamburg.

Bei Stegerwald dämmert's.

Berlin, 10. Juni. In einer Unterredung, die Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald mit einem Pressevertreter hatte, wies er darauf hin, daß die heutige deutsche Staatskonstruktion sich über die nächsten Jahre kaum hinüberbringen lasse. Sie führe zu einem politisch-geistigen Verkrüppelungsprozeß und lasse Staatsmänner großen Formats nicht wachsen. Bei der heutigen Staatskonstruktion sehe die Reichsleitung zwar die großen politischen Fragen, erlebe aber nicht alle Strömungen im eigenen Volk, während die Verwaltungen der Länder die großen Fragen der Gesamtpolitik, die Voraussetzungen und Lebensgesetze des eigenen Volkes nicht miterlebten, dafür aber einen guten inneren Informationsdienst hätten, der der Reichsleitung helfe. Eine solche Aufspaltung der politischen Weltzeuge und Hilfsmittel ließe keine Staatsmänner wachsen, die aus der Kenntnis aller Dinge das, was jemals die Stunde erheische, politisch gestalten. Gute einheitliche und organische Gesamtpolitik nach außen und innen aber sei in den nächsten Jahren erste Voraussetzung für die deutsche Zukunft.

Revision oder Chaos.

Die Ansicht eines Demokraten, der umgekehrt hat.

Berlin, 10. Juni. Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages nahm heute Finanzminister Hoepfer-Afshoff, auch einst einer der begeisterten Vordreher des Youngplanes, das Wort, um grundsätzliche Ausführungen über die Gemeindefinanzen im Hinblick auf die Notverordnung zu machen. Die Notverordnung des Reichspräsidenten nähme auf die Lage der Länder und Gemeinden nicht genügend Rücksicht. Die preussische Staatsregierung habe darauf in der Ministerpräsidentenkonferenz nach einem Rückblick auf die sehr ernste Lage der Länder und Gemeinden hingewiesen. Der Minister fuhr dann fort: Die Notwendigkeit der Lösung der Reparationsfrage ist unabwiesbar. Die Notverordnung bringt eine so harte Einschränkung der Lebenshaltung des ganzen Volkes mit sich, daß man nur hoffen kann, die Gläubigerländer werden nun das Ihre tun, um die Lasten zu erleichtern, die auf Deutschland liegen. Wird die Reparationsfrage einer Lösung nicht zugeführt, so wird das Chaos über Europa hereinbrechen.

Trümmer wollen sich sammeln.

Von der Staatspartei bis zu den Volkonservativen.

Berlin, 10. Juni. Gerichtsweise verlautet wieder einmal von Sammlungsbestrebungen. Schon seit Wochen sollen Verhandlungen zwischen der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und den Volkonservativen über einen Zusammenschluß dieser Gruppen im Gange sein. Die Initiative dazu soll von dem Vorsitzenden der Staatspartei, Minister Dietrich, ausgehen, der seinerzeit führend an der Gründung der Staatspartei mitwirkte und bei den jetzigen Sammlungsbestrebungen besonders von Minister Treviranus unterstützt wird.

Halle, 11. Juni. „Der Kampf“, das nat.-soz. Organ für Halle-Merseburg, ist auf die Dauer von 8 Wochen verboten worden.

Kiel, 10. Juni. Die diesjährige Sommerausbildungsreise der deutschen Flotte wird diesmal nach Norwegen führen, wo in der Zeit vom 15. Juni bis 8. Juli eine große Anzahl von Häfen angefahren wird. An der Auslandsreise, die unter dem Kommando des Flottenchefs, Vizeadmiral Odetop, steht, nehmen teil die Minierschiffe „Schleswig-Holstein“, „Schlesien“, „Hannover“ und „Hessen“ die Kreuzer „Admiral Seydlitz“ und „Admiral“, die erste und zweite Torpedobootflottille, die erste Minenflottille und der Flottentender „Fela“.

Stuttgart, 10. Juni. Die heutige Nummer der nationalsozialistischen Tageszeitung „N.S.-Kurier“ ist auf Grund der Notverordnung beschlagnahmt worden.

Macdonald gesteht den Mißerfolg von Chequers ein.

London, 10. Juni. Im Unterhause stellte der Abg. Kenworthy eine Anfrage, wann Macdonald in der Lage sein würde, eine Erklärung über die Besprechungen mit Dr. Brüning und Dr. Curtius abzugeben. Ferner wurde gefragt, ob man dem Unterhause in absehbarer Zeit Gelegenheit zu einer Aussprache über die gegenwärtige Lage in Bezug auf die Reparationen und interalliierten Schulden geben würde. Macdonald antwortete: Was den Inhalt der Besprechung betrifft, habe ich nichts weiter zu erklären, als was in dem Rommiqué stand, das am Sonntag abend während des Besuchs der deutschen Staatsmänner ausgegeben wurde. Der deutsche Reichsfinanzminister hat mich und den Staatssekretär des Auswärtigen eingeladen, in Berlin einen Gegenbesuch abzustatten und die englische Regierung hat diese Einladung gern angenommen. Bis jetzt ist für diesen Besuch noch kein Zeitpunkt festgesetzt worden. Ich glaube nicht, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine Debatte in Bezug auf die Reparationen und interalliierten Schulden von Nutzen sein würde. Hierauf stellte Kenworthy in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Angelegenheit die Frage, wann Macdonald erwarte, daß die Lage in Zukunft eine Erklärung erlauben würde. Macdonald erwiderte: Ich kann ein weiteres offizielles Kommuniqué nicht voraussagen. Nun stellte der Abg. Wise die Gegenfrage: Ist es dem Premierminister bekannt, daß im englischen Parlament keine einzige allgemeine Aussprache zur Frage der interalliierten Schulden oder Reparationen jemals stattgefunden hat, und ist diese Angelegenheit nicht so wichtig, daß sie im Unterhause zur Besprechung kommt? Macdonald antwortete: Ja, wenn es soweit ist. Der Abg. Peter Macdonald richtete an den Premierminister die Frage, ob er die Einberufung einer Konferenz unter Beteiligung aller Staaten, die an einer internationalen Regelung ein Interesse haben, zwecks gegenseitiger Annulierung in denkbar größtem Maße in Erwägung ziehen würde. Auf diese Frage erklärte Macdonald: Englands Haltung in der Schuldenfrage ist allgemein bekannt; ein Schritt auf der vorgeschlagenen Basis würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenig Zweck haben.

Amerika und die Schuldenfrage.

Keine Entscheidung vor Ende des Sommers.

Washington, 10. Juni. Im Gespräch mit Pressevertretern wies Stimson energisch die angeblich aus Wallstreet stammenden Gerüchte zurück, daß er auf seine Europareise verzichtet habe. Er betonte, daß sich nichts an seinen ursprünglichen Plänen und seiner ursprünglichen Erklärung geändert habe. Versuche, von ihm die Bestätigung einer heute in der „New York Tribune“ abgedruckten Washingtoner Meldung zu erhalten, wonach das Staatsdepartement keine Änderung seiner Schuldenpolitik erwäge und die Herabsetzung der Rüstungen nicht mit der Herabsetzung der internationalen Schulden verknüpft werde, lehnte der Staatssekretär ab. In Regierungskreisen wurde hierzu erklärt, daß das Weiße Haus sich erst nach der Rückkehr Stimsons von seiner Europareise über die künftige Haltung schlüssig werden und bis dahin selbstverständlich keine Veränderung offiziell angekündigt werden könne. Zurzeit werde der ganze Fragenkomplex eingehend geprüft, jedoch sei eine Entscheidung nicht vor Ende des Sommers zu erwarten; die Mitteilungen in der Presse über die angeblich harte Unveränderlichkeit der amerikanischen Politik seien in diesem Sinne zu bewerten.

Wiga, 10. Juni. Ein deutsches Geschwader, bestehend aus dem Kreuzer „Admiral Seydlitz“ und den Zerstörern „Albatros“, „Falke“, „Greif“ und „Möwe“, traf heute früh in Wiga zur Teilnahme an der Festschiffahrt der Gründung der lettischen Kriegsmarine ein.

London, 10. Juni. Das Arbeitsministerium gibt bekannt, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 1. Juni in Großbritannien 2 629 971 betragen hat. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber der Aufstellung vom 18. Mai von 123 034 und eine Abnahme von 854 864 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.